

# yallah!?

über die Balkanroute





Der Zeitstrahl wurde erstellt von Marc Speer.

#### Der Begriff *Balkanroute*

Der Begriff des *Balkan* ist keineswegs ein neutraler Begriff, der allein geographische Gegebenheiten beschreibt. Er ist historisch negativ besetzt, u.a. auch für viele Bewohner\_innen der südosteuropäischen Staaten.

Der Begriff unterstellt eine kulturelle und gesellschaftliche Einheitlichkeit, mit der die Bewohner\_innen dieser Gebiete abgewertet werden. Bis heute ist dieser Begriff mit rassistischen Stereotypisierungen aufgeladen, die sich unter anderem in den deutschen Debatten um »Wirtschaftsfüchtlige« oder »Armutsmigrant\_innen« widerspiegeln. Diese dienen dazu, Migrant\_innen aus (Süd-) Osteuropa zu kriminalisieren und ihnen ihre legitimen Migrationsgründe abzuspochen.

All diese Zuschreibungen haften dem Begriff der *Balkanroute* an, die u.a. mit Kriminalität, Armut oder Menschenschmuggel konnotiert ist.

Mittlerweile ist der Begriff der *Balkanroute* mit den Migrationsbewegungen aus größtenteils Südwest-Asien nach Europa in den Jahren 2015 und 2016 assoziiert. Während ein Teil der Menschen willkommen geheißen wurde, wurde der Weg für die Menschen aus den Transitländern durch die Erklärung dieser Länder zu sicheren Herkunftsstaaten jedoch schnell verschlossen.

In der Ausstellung wird der Begriff der *Balkanroute* weitestgehend vermieden. Da es jedoch keine etablierte Alternative gibt und für eine breite Mehrheit schnell ersichtlich ist, worum es in der Ausstellung geht, findet sich der Begriff im Titel und taucht, bei aller Kritik, hin und wieder in dieser Ausstellung auf.

Bild vorherige Tafel: 26. November 2015, Idomeni, GR  
diese Tafel: 6. Dezember 2015, Idomeni, GR



27. November 2017, Idomeni, GR

## »Krise« auf der Balkanroute?

Auf der sogenannten Balkanroute findet Migration schon lange statt. Im Zuge des *langen Sommers der Migration* im Jahre 2015 erlangten die Migrationsbewegungen auf dieser Route weitreichende Sichtbarkeit und standen im Fokus medialer Aufmerksamkeit.

Anstatt den gefährlichen Weg von Libyen aus über das Mittelmeer nach Italien zu wählen, entschieden sich spätestens seit Anfang 2015 immer mehr Menschen für die Route über die Türkei nach Griechenland. Viele der in Griechenland angekommenen Menschen wollten weiter in Richtung Norden. Griechenland registrierte die angekommenen Menschen nicht und ließ sie passieren.

Im Sommer 2015 entschieden sich auch Mazedonien und Serbien, Flüchtende nicht länger auf dem Weg nach Europa aufzuhalten, sondern die Menschen mit 72 Stunden gültigen Transitvisa durchreisen zu lassen. Anstatt die Menschen aufzuhalten, stellten sie sogar Busse und Züge für die schnelle Durchreise zur Verfügung. Ein erster Versuch seitens Mazedonien, die Migration vor der Grenze doch wieder zu stoppen, scheiterte Mitte August 2015 am Widerstand der Flüchtenden.

Das *Dublin-System* war faktisch außer Kraft gesetzt. Damit brach ein viel kritisierte Grundpfeiler der europäischen Migrationskontrolle zusammen. Es war für viele Menschen möglich, sich frei durch Europa zu bewegen. Das auf Abschottung beruhende Europa rief die sogenannte *Flüchtlingskrise* aus. Antirassistische Akteur\_innen hingegen sprechen vom *langen Sommer der Migration*, in dem die europäische Migrationspolitik immer wieder kurzzeitig in sich zusammenbrach.

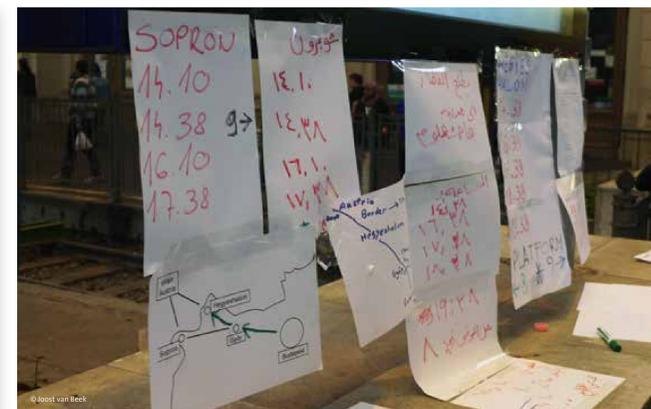
### Dublin-System

Die *Dublin-Verordnungen* der EU regeln, dass für das Asylgesuch eines Menschen der Staat innerhalb der EU zuständig ist, in dem die Person das erste Mal EU-Territorium betritt beziehungsweise das erste Mal registriert wird. Da es für Geflüchtete kaum legale Möglichkeiten gibt, direkt nach Deutschland oder in andere Länder in Mitteleuropa zu kommen, muss ein Großteil der Asylsuchenden an den Rändern der EU, meist in Griechenland, Spanien oder Italien einen Asylantrag stellen. Damit sind in der Theorie wenige Länder innerhalb der EU für die Versorgung und Aufnahme von Geflüchteten zuständig.

In der Praxis funktioniert dieses System nicht und viele Refugees bewegen sich im Laufe ihrer noch laufenden Asylverfahren durch verschiedene EU-Länder, auf der Suche nach langfristigen Perspektiven. Viele in Europa stattfindende Abschiebungen gehen nicht in die Herkunftsländer zurück, sondern sind Abschiebungen durch Europa, jeweils zurück in das EU-Land, in dem Personen zuerst registriert wurden.



# March of Hope



Alle Bilder: Immer mehr Menschen sammeln sich am Bahnhof Keleti in Budapest, um Richtung Österreich weiterzureisen. Ende August 2017, Budapest, HUN

## »We don't have weapons – just our legs«

Ende August 2015 wurden in Österreich 71 Menschen tot in einem Kühlaster gefunden. Diese Tragödie zum Vorwand nehmend, verstärkten Deutschland und Österreich Anfang September ihre Bemühungen, die Durchreise der Menschen zu stoppen und das Dublin-System wieder geltend zu machen.

An den Budapester Bahnhöfen begann die Polizei mit **Racial Profiling**, um Flüchtenden den Zugang zu den Zügen zu verwehren. Das **Schengener Abkommen** als Grundpfeiler der Europäischen Union wurde damit ausgehebelt. Immer mehr Menschen sammelten sich am Bahnhof Keleti. Geflüchtete und Freiwillige organisierten das Nötigste wie medizinische Versorgung und Nahrung selbst. Tausende kampierten in den Unterführungen des Bahnhofs. An die Wände schrieben sie: »Huriya – Azadi – Freedom«.

### »Sein oder Nichtsein, das ist die Frage. Wir werden sein.«

Anstatt abzuwarten nahmen die am Bahnhof aufgehaltene Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand. Am 4. September 2015 beschlossen sie, sich zu Tausenden zu Fuß über die Autobahn auf den Weg in Richtung Österreich und Deutschland zu machen.

Auf der Strecke reichten Menschen in Solidarität Wasser und Essen. Der *March of Hope* wurde von der internationalen Presse begleitet: Bilder von Flüchtenden, denen die EU jegliche Unterstützung verweigerte, gingen um die Welt. Aber auch Bilder des Aufbruchs verbreiteten sich wie ein Lauffeuer und ließen die Hoffnung auf eine andere, auf eine solidarische Gesellschaft aufkeimen.

Durch den Druck sahen sich Deutschland und Österreich gezwungen, die Grenzen für die Menschen zu öffnen. Ungarn stellte Busse bereit, welche die Menschen direkt an die österreichische Grenze brachten. Dort stiegen sie in Züge nach Deutschland. Öffentlich sichtbar lag das Dublin-System am Boden: In wenigen Tagen erreichten über 10.000 Menschen Österreich und Deutschland.

**Racial Profiling**  
Rassistische Praxis von Polizei- und Sicherheitsbehörden, die Personen jenseits konkreter Verdachtsmomente, lediglich auf Grund von äußeren Merkmalen und darauf beruhenden Stereotypisierungen ins Visier nimmt.

**Schengener Abkommen**  
Mit den Schengener Abkommen sollten Grenzkontrollen in Europa, innerhalb des Schengen-Raums, abgeschafft sein und an die damit neu entstandene Europäische Außengrenze verlegt werden. Innerhalb des Schengen-Raums finden dennoch zeitweilig Grenzkontrollen statt, die sich oft des Racial Profiling bedienen.

ملا سب شي على غير طلة انك وحتفعا  
 @Myriam\_Ahm  
 497 3 100

@ 4. Sep. 2015  
 Ein guter Morgen. Keine Waffen, keine Gewalt, sondern Solidarität!  
 Grenzen einreißen, Refugees haben den Anfang gemacht #marchofhope  
 10 14 230

# Die Geschichte zeigt immer wieder: Grenzen sind nie vollständig geschlossen.

@ChristianSna · 4. Sep. 2015  
 @Migration\_Oe sondern nur der #zivilegesellschaft ausrichten, sich nicht zu  
 engagieren? #Asyl #Fail #marchofhope  
 Betrifft Aufruf zum privaten Flüchtlingskonvoi  
 Polizei informiert über Strafbarkeit und rät von der  
 Beteiligung ab  
 ots.at

@B\_Aslan\_ 4. Sep. 2015  
 Dublin is dead.  
 Schengen is dead.  
 Humanity is dead!  
 #refugeeswelcome  
 #Hungary #EU #marchofhope

@Ahmed\_1011  
 21.28 - 4. Sep. 2015  
 33

The March of Shame  
 They are people, like us. They are young, they are old,  
 they are men, women and children, they are lawyers or  
 reasons or doctors or bankers or plumbers or computer...  
 #refugeeswelcome

@B\_Medhi · 4. Sep. 2015  
 100

@B\_Medhi · 4. Sep. 2015  
 100

@Richard\_Schmid · 4. Sep. 2015  
 Die Sprache des Spießbüchsenkriegs ist nicht kompatibel mit  
 #marchofhope

@K\_Hawik · 4. Sep. 2015  
 Kann dieser Moment der Beginn eines neuen Europas sein? Wir haben es in  
 der Hand! #marchofhope #refugeeswelcome #SolidarteAvecLesRefuges  
 11 23



»Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.«

Angela Merkel, Bundespressekonferenz, 31. August 2015



»Sieht eure Menschlichkeit so aus?«

Person aus Afghanistan über den europäischen Umgang mit Geflüchteten, Belgrad, Mai 2017

»Wie wir willkommen geheißen wurden, war wunderbar. Das muss jetzt in den Asylverfahren, die wir durchlaufen müssen, weitergeführt werden. Ihr steht für Menschenrechte, oder?«

Geflüchtete Person in einem Erstaufnahmehamer in Deutschland, August 2015



Betroffene Familien protestieren vor der deutschen Botschaft für die Familienzusammenführung mit ihren Angehörigen in Deutschland. Sommer 2017, Athen, GR / © Salinis Stroux



Ende Februar 2016, Idomeni, GR



Der March of hope auf dem Weg zur ungarisch-österreichischen Grenze, 4. September 2015, HUN / © Joost van Beek

## »Mama Merkel«? Politische Entscheidungen unter Druck

Der Umgang mit Migration wird im Sommer 2015 in Deutschland zum dominanten politischen Thema. Die Gesellschaft polarisiert sich und streitet über die Zukunft. Die Bundesregierung und Angela Merkel wird dabei sowohl von einer erstarkten Rechten als auch von einer sich formierenden Willkommenskultur vor sich her getrieben.

Rechte Parteien, wie die AfD, erringen Wahlerfolge und jeden Montag ziehen Rechtskonservative und Neonazis gemeinsam als *Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)* durch die Straßen. In dieser rechten Stimmungsmache kommt es zu immer mehr tätlichen Angriffen und Nazis verüben Brandanschläge auf Unterkünfte.

Von Politiker\_innen aller Colour wird dieser sich formierende rechte Angriff jedoch verharmlost. Es ist die Zivilgesellschaft, die immer wieder gegen Rassismus und Nazis auf die Straße geht und Willkommensinitiativen gründet. Mit Merkels berühmt gewordenen Worten »Wir schaffen das« überblendet sie die staatlichen Versagen und inszeniert sich als Fürsprecherin des *Refugees Welcome*. Damit gemeint ist aber nicht immer ein bedingungsloses Bleiberecht und gleiche

Rechte für alle. Die Perspektiven der Geflüchteten selber finden in diesem polarisierten Streit wenig Beachtung.

Während die Kommunen Überforderung und Krise inszenieren, nehmen Ehrenamtliche die Situation in die Hand und bauen mit großem Engagement Strukturen auf, die der Staat systematisch verweigert. Die Bundesregierung nutzt das Engagement der Ehrenamtlichen und instrumentalisiert diese, um das deutsche Image glänzen zu lassen.

Die Willkommenskultur bekommt jedoch eine Eigen-dynamik. Tausende Menschen heißen die Ankommenden nach dem *March of Hope* willkommen. Sie sind bewegt von den Bildern und der Aufbruchsstimmung und ein neues, solidarisches Europa scheint möglich.

»Also jetzt wollen wir Hilfe von dem Superland.«

Person aus Afghanistan, die in Belgrad festhält, Serbien, Mai 2017



**The Road**  
Mayada Alkayal

Acryl und Tusche, verschiedene Papiere  
6 Collagen, jeweils ca. 21 x 30 cm  
2017

»Die Arbeit verweist auf die Wege, Straßen und Kreuzungen, auf denen wir hierher gekommen sind. Manchmal verlieren sich diese in der Landschaft, im Nirgendwo. Für die Bilder habe ich Seiten aus meinem Notizbuch, das ich auf der Reise mit mir hatte, verwendet. Es ist mir wichtig, Teile dieser Notizen in meinen Bildern sichtbar zu machen.«

# Ein Korridor nach Europa?



Eine Familie auf dem Weg zum Grenzübergang, November 2015, Idomeni, GR



Tagelanges Warten auf einen Platz im völlig überfüllten Zug, 19. September 2015, Bahnhof Tovarnik, HRV



Die Schuhe sind zertreten, die Füße wund. Aus Isomatten schneiden sich Menschen Einlegesohlen für ihre kaputten Schuhe. 17. September 2015, Horgoš-Röszke-Grenzübergang, SRB



Tausende Menschen kommen über die »grüne Grenze« von Serbien nach Kroatien, nachdem Ungarn die Grenze geschlossen hat. 19. September 2015, Tovarnik, HRV



In Rigonce, einem kleinen slowenischen Grenzort zu Kroatien, werden die Angekommenen auf einer Wiese zwischen Absperrgittern und Panzern der slowenischen Armee eingepfercht. Hier müssen sie auf die Weiterreise mit Zügen warten – unklar wie lange. Das Licht kommt von den umstehenden Panzern. 25. Oktober 2015, Rigonce, SVN



Warteschlange privater Busunternehmen zum Presevo Camp, 18. Dezember 2015, Presevo, SRB



Nach dem *March of Hope* kam es Mitte September 2015 zu weiteren Auseinandersetzungen in Röszke, als Ungarn versuchte, die Grenze zu Serbien für den Transit zu schließen. Daraufhin verschob sich die Route und verlief durch Kroatien. Als Slowenien Ende Oktober wieder kurzzeitig versuchte zur alten Ordnung der Internierung und Registrierung zurückzukehren, befreiten sich am 21. Oktober 2015 Menschen aus einem Lager bei Brežice selbst.

Der *March of Hope*, die Ausbrüche aus Lagern und die zahlreichen Auseinandersetzungen an Grenzzäunen hatten gezeigt, dass Zäune und Polizeikräfte nicht ausreichen, um Personen auf ihren Wegen zu stoppen. Anstatt die Menschen weiterhin mit Gewalt am Grenzübertritt zu hindern und dadurch Bilder zu produzieren, die das eigene Image beschädigten, setzten die Transitstaaten nun auf die geordnete und kontrollierte Durchreise der Menschen.

## Yallah!? Die Grenzen sind offen

Der entstandene Korridor bot für viele die Möglichkeit, Kern-europa in nur wenigen Tagen zu erreichen. Die Flucht durch Europa war nun für mehr Menschen möglich geworden: Nach und nach kamen mehr Personen in Europa an, die nicht gut zu Fuß waren. So machten sich vermehrt Familien mit Kindern, Menschen in Rollstühlen oder auch ältere Personen auf den Weg in Richtung Europa.

Dieser kurzzeitig vorhandene Korridor zeigt, dass eine andere Politik in Europa möglich ist, wenn der Wille da ist. Zu Zeiten des offenen Korridors kam das Schleppergeschäft quasi zum Erliegen und blühte erst mit der Grenzschließung wieder auf.

»Als ich entschieden habe zu kommen, wusste ich, dass es schwierig sein wird. Aber ich habe es entschieden.«

Maryam berichtet über ihren Weg über die Balkanroute. Halle, Deutschland, April 2017



Lebensmittelspenden, organisiert durch Freiwillige, 27. November 2015, Rigonce, SVN



Über mögliche Routen erfährt man an unabhängigen Info-Points (Oktober 2015, Belgrad, SRB) oder in Flyern – hier von einer dänischen Initiative, links, September 2015



oben: Thunfisch in Dosen – Versorgungszelt des kroatischen Roten Kreuzes, unten: Tagesration im kroatischen Durchgangslager, Oktober 2015, Opatovac, HRV



Ein selbstständiges Verlassen des Durchgangslager war nicht möglich. Kroatische Behörden und Polizei kooperierten mit dem UNHCR, um Gruppen von 50 bis 100 Personen mittels Bussen an die kroatisch-ungarische Grenze zu bringen. Oktober 2015, Opatovac, HRV



oben: Holzbestellungen der NGOs zum Heizen, Winter 2015/2016, Idomeni, GR

unten: Freiwillige Mediziner\_innen sortieren gespendete Medikamente, Oktober 2015, Rigonce, SVN



In Kontakt mit Familie und Freunden bleiben, Informationen recherchieren: Aufladestation und W-Lan-Spot, Dezember 2015, Idomeni, GR



Ein Soli-Konvoi versucht, die Geflüchteten mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen. Immer wieder kommt es dabei zu Behinderungen durch das Militär. 25. Oktober 2015, Rigonce, SVN



Übergang vom »Niemandland« ins Camp in Spielfeld, 31. Oktober 2015, Spielfeld, AT



Vor dem Registrierungszentrum für die Durchreise durch Serbien, 13. Oktober 2015, Presevo, SRB



Eingang zur ungarischen Transit-Zone in Tompa, Juni 2016, Tompa, HUN



## Zwischen Infrastruktur ...

## ... und Kontrolle

Anstatt die Menschen zu internieren und sie an der Einreise zu hindern, was zu ständigen Unruhen, Grenzkämpfen sowie internationaler Kritik führte, schleusten die jeweiligen Nationalstaaten die Menschen mit staatlichen sowie privaten Zügen und Bussen an die jeweils nächste Landesgrenze.

Entlang der Fluchtroute entstand eine Infrastruktur, bestehend aus Lagern mit Zelten, Essensversorgung, sowie hygienischer und medizinischer Versorgung. Viele NGOs, Volunteers und Aktivist\_innen halfen entlang der Route aus. Die Menschen konnten mit Bussen, Zügen oder Taxis von einem Camp zum nächsten reisen.

Viele Berichte zeigen allerdings auch, dass die Infrastruktur oft schlecht funktionierte und den Menschen immer wieder von NGOs das Nötigste vorenthalten wurde. Ein Großteil der Infrastruktur wurde von Flüchtenden und Volunteers selbst organisiert.

Neben NGOs waren auch Polizei und Grenzbeamt\_innen in den Transitlagern aktiv und nahmen Registrierungen vor. Je nach Land und Lager unterschieden sich diese. Teils wurden Menschen mit Namen und Foto, teils mit Fingerabdrücken registriert. Im Laufe der Zeit wurden die bürokratischen Abläufe formalisiert und standardisiert. Ab Januar 2016 wurden auf den griechischen Inseln für all diejenigen Transitpapiere ausgestellt, die Deutschland als Zielland angaben. Auf diesen Papieren mussten sich die Durchreisenden die passierten Transitlager abstempeln lassen.

Die Infrastruktur verhinderte, dass Personengruppen frei durch das Land reisen konnten. Es war abschätzbar und kontrollierbar, wie viele Personen aus welchem Lager wann und wo ankommen würden. In dem Korridor galt ein legaler Ausnahmezustand mit besonderen Regeln. Die dort geltenden Rechte waren jedoch unklar.

»Sie haben uns ein kleines Papier gegeben, auf dem diese Regel steht, eine neue Regel.«  
Mohammad, Idomeni, Februar 2016

»Warum hat die Härtefallkommission meine Situation nicht in Betracht gezogen? Ich habe nicht erwartet, dass sie auf diese Weise entscheiden und ich werde weiter für mein Recht kämpfen... Deutschland soll mir schriftlich geben, dass mein Leben in Serbien nicht gefährdet ist.«

Radmila, Januar 2016.



Offizielle Container-Siedlung in Kijevo, Belgrad, 2013, SRB



Nachdem sie abgeschobene wurde, wohnt diese Frau nun im Auto. 2013, SRB



Roma besetzen das Denkmal für die im NS ermordeten Sinti und Roma Europas und werden von der Polizei gewaltsam geräumt. 2016, Berlin, DEU



Informelle Siedlung in Vidikovac, Serbien, 2013, SRB



»Aufnahme- und Rückführungseinrichtung« faktisch ein Abschiebelager, 2016, Bamberg, DEU

Alle Fotos dieser Seite stammen vom Roma Antidiscrimination Network.

## Asylrechtsverschärfungen in Deutschland zwischen Obergrenzen und »Refugees Welcome«

In Deutschland bewegte sich der öffentliche Fokus immer weiter weg von den individuellen Situationen von Menschen auf der Flucht und legte sich auf den Streit in der CDU/CSU um Obergrenzen und auf die inszenierte Überforderung. Anstatt eine formelle Obergrenze einzuführen, wurde das Asylrecht schließlich durch andere Maßnahmen eingeschränkt.

### Sortierung von Menschen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sortiert Menschen nach »Herkunft«, »Reiseroute«, »Komplexität des Profils« und »Dublin-Fällen« vor und bietet ihnen anhand dieser Clusterings von Beginn an unterschiedliche Chancen, Rechte und Zugangsmöglichkeiten in Deutschland.

Die Polarisierung zwischen *Refugees Welcome* und Obergrenzen wurde in einen Kompromiss überführt, der eine nationalstaatlich-rassistische Gruppensortierung vornimmt. Den sortierten Gruppen werden unterschiedliche Lebensperspektiven bereitgestellt oder Zugänge verwehrt.

### (Un)sichere Herkunftsländer?

Zeitgleich wurden Gruppen per se aus dem »*Flüchtlingsrecht*« hinaus definiert: Serbien, Kosovo, Albanien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien wurden als »*sichere Herkunftsländer*« klassifiziert. So wird spezifische Verfolgung insbesondere von Rom\_nja geleugnet und Migration aus diesen Staaten illegalisiert. Migration aus wirtschaftlichen Gründen wird so an sich Legitimität abgesprochen. Dabei wird auch die eigene Verantwortung nach der Bombardierung Jugoslawiens geleugnet: Krieg, Armut, Verfolgung und Flucht gehören zusammen.

Marokko, Algerien und Tunesien ebenfalls als »*sicher*« zu erklären, scheiterte im März 2017 zunächst im Bundesrat.



Ein Korridor nach Europa? ■■■



»Es gibt andere Nationalitäten, die nicht die selbe Medienaufmerksamkeit wie Syrer\_innen und Iraker\_innen bekommen. Warum bekommen wir unsere Verfahren nicht auf die gleiche Art und Weise? Alle kommen her, um ihr Leben zu retten. Alle sollten gleich behandelt werden.«

Geflüchtete Person in einem Erstaufnahmelaager in Deutschland, August 2015

## ■ Unterschiedliche Lebensperspektiven

Deutschland fordert »Integration«, verengt und verschließt aber zugleich Zugänge auf verschiedenen Ebenen. Den in Gruppen eingeteilten Menschen stehen dabei unterschiedliche Möglichkeiten bereit, derer sie sich zu bedienen oder denen sie sich zu entziehen wissen.

Für Personengruppen mit »guter Bleiberechtperspektive« wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und die Teilnahme an Integrationskursen verpflichtend. Diese Erleichterung von Zugang ist aber mehr als eine bereitgestellte Möglichkeit. Damit steigt auch der Druck, möglichst schnell eine funktionale Rolle in der Gesellschaft und der Ökonomie einzunehmen.

Immer wieder werden humanitäre Sonderregelungen getroffen. So gibt es Prüfungen von Härtefällen und die Auszahlung sogenannter Kontingentflüchtlinge. In diesen Fällen ist das Bleiberecht kein individuelles Recht, sondern wird als besondere Güte dargestellt. Die Personen werden damit in eine passive, zu Dank verpflichtete Rolle gedrängt.

All die Personen, deren Herkunftsland als »sicher« erklärt wurde, können schneller, unangekündigt abgeschoben werden und für die komplette Zeit ihres Asylverfahrens in Lagern interniert werden. Hinzu kommen Kürzungen der Sozialleistungen. Durch diese Isolierung ist der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt versperrt. Die Möglichkeit, einen sicheren Aufenthalt über ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis zu bekommen und sich damit eine gute Bleibeperspektive zu schaffen, ist so von Anfang an erschwert.

Diese Politik produziert für viele Personen ein langfristiges Leben in der Migration, zwischen Abschiebungen, Rückkehr und der Suche nach neuen Perspektiven an anderen Orten.

In Deutschland sind bereits im Herbst 2016 nicht alle »welcome«. Diese Vorsortierung wirkt sich auch auf die Unterstützung der Ehrenamtlichen aus, so dass diese nur den Menschen mit »guter Bleiberechtperspektive« zugute kommt.

### Kontingentflüchtlinge

Die Bundesregierung hat entschieden, sogenannte Kontingentflüchtlinge, in festgelegter Anzahl, aus bestimmten Regionen im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen aufzunehmen. Diese Personen werden direkt eingeflogen, erhalten ohne Asylverfahren eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre, eine Arbeitserlaubnis, aber keine freie Wohnsitzwahl. Seit 2013 nimmt Deutschland insbesondere syrische Geflüchtete aus libanesischen Flüchtlingslagern auf.

### Härtefallkommissionen

Härtefallkommissionen sind Gremien auf Landesebene, die Menschen mit abgelehntem Asylantrag unter besonderen humanitären Gründen ein Bleiberecht ermöglichen können.





*Rettung / Schienen*  
Watheq Fayyadh Khazaal

Weißes und schwarzes Holzbrett,  
Bleistift, Eisennadel  
Originalmaße 37,5 x 35,3 cm  
2017

# Grenzschließungen



Aufgrund der massiven Kämpfe um die Öffnung der Grenze blieb der Übergang für einige Tage für alle und jeden geschlossen. Während dessen kamen immer mehr Menschen in Idomeni an und drängten sich dicht am Zaun. In dieser Nacht war die gesamte Situation kurz vor einer Massenpanik und Katastrophe. Zu den üblichen Grenzbeamten hatten sich UNHCR-MitarbeiterInnen gesellt. 3. Dezember 2015, Idomeni, GR

»Wir haben sieben Mal versucht, nach Mazedonien zu kommen. Beim siebten Mal hatten wir Erfolg. Einmal verbrachten wir zwei Nächte im Wald und wir liefen und liefen. Als wir den Punkt erreichten, an dem uns das Auto abholen sollte, war da die Polizei.«

Bericht einer jungen Frau von einem illegalisierten Grenzübertritt. September 2016

## Die EU als Friedensnobelpreisträgerin?

### ■ Europas Grenzen: Gefängnisse, Zäune und Militär

Schon im langen *Sommer der Migration* fand eine verstärkte Militarisierung der Seegrenzen in der Ägäis und der Grenzen an Land statt. Seit dem Sommer 2015 gibt es im Mittelmeer einen EU-Militäreinsatz und auch die NATO ist dort seit Anfang 2016 präsent. *Frontex* wurde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet und erhielt das Recht, auch jenseits der Einladung eines Mitgliedsstaats in dessen Territorium zu agieren. In Europa wurden verstärkt Barrieren gebaut. Ungarn baute im Herbst 2015 einen Zaun an der serbischen Grenze und verdoppelte diesen im Frühjahr 2017 noch einmal. Auch die slowenisch-kroatische, die österreichisch-ungarische und die griechisch-mazedonische Grenze wurden auf unterschiedliche Weise befestigt.

Es wurden neue Lager und Gefängnisse errichtet, in welchen Flüchtende bis heute festgehalten werden. In geschlossenen *Flüchtlingszentren*, den sogenannten *Hotspots*, werden tausende Menschen abgeschottet von der Öffentlichkeit festgesetzt.

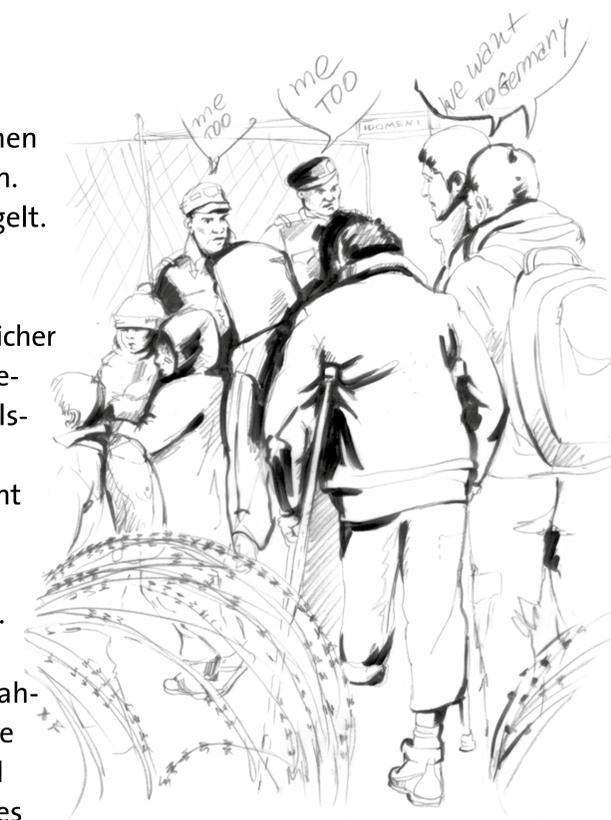
### ■ Push-backs, Hetzjagden und zu viele Tote

Neben Zäunen, Lagern und Gefängnissen erleben Menschen brachiale physische Gewalt in Europa und an den Grenzen. Bei *Push-Backs* werden Menschen systematisch verprügelt. Die Grenzbeamten nehmen ihnen oftmals Schuhe, Pässe, Handys und Geld ab.

Die Gewalt geht nicht nur von offizieller und staatlicher Seite aus: In Deutschland kursierten Bilder von Rechtsextremen, die Menschen durch die Straßen verfolgen – beispielsweise im September 2016 in Bautzen. In Bulgarien bilden sich sogenannte *Bürgerwehren*, die in Selbstjustiz regelrecht Jagd auf Menschen machen.

Viele Menschen sterben auf der Route. Das geschieht z.B. durch unterlassene Hilfeleistungen, durch die gefährliche Meeresüberfahrt oder durch physische Gewalt. Genauer Zahlen über die Toten auf der Route gibt es nicht. Doch all die Toten sind das Resultat einer Politik der Abschottung und hätten vermieden werden können. Seit der Schließung des Korridors sind Menschen wieder gezwungen, gefährliche Wege einzuschlagen, auf denen sie ihr Leben riskieren müssen.

Seit der Schließung blüht das Schleppergeschäft wieder auf, welches zu Zeiten des Korridors fast zum Erliegen gekommen war.



#### Frontex

Frontex ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, die »Risikoanalysen« erstellt, Operationen im Inland und im Mittelmeer koordiniert und an Abschiebungen beteiligt ist. Bekannt sind die vielen Einsätze von Frontex im Mittelmeer, die immer wieder wegen der Unterlassung von Seerettung und dem Ertrinkenlassen von Menschen in der Kritik stehen.

#### Push-Back

Push-Back-Aktionen bezeichnen das aktive und meist gewaltvolle Zurückdrängen von Personen aus einem Staatsgebiet. Auch wenn Push-Backs dem Grundsatz der Nichtzurückweisung widersprechen, ist dies gängige Praxis von Grenzbeamten an Land und auf dem Mittelmeer.



Wieder wird eine Familie vor dem Grenzzaun von Beamten aufgehalten. Anfang Dezember 2015, Idomeni, GR



Griechische und mazedonische Grenzbeamte kontrollieren gemeinsam die griechischen Transitzpapiere. Anfang Dezember 2015, Idomeni, GR



Ein von der Weiterreise ausgeschlossener Geflüchteter schaut syrischen, irakischen und afghanischen Menschen beim Grenzübergang zu. 30. November 2015, Idomeni, GR

»Sie fingen an, ihn mit Elektroshockern zu misshandeln.«

Bericht über Polizeigewalt in Idomeni, Griechenland, März 2016

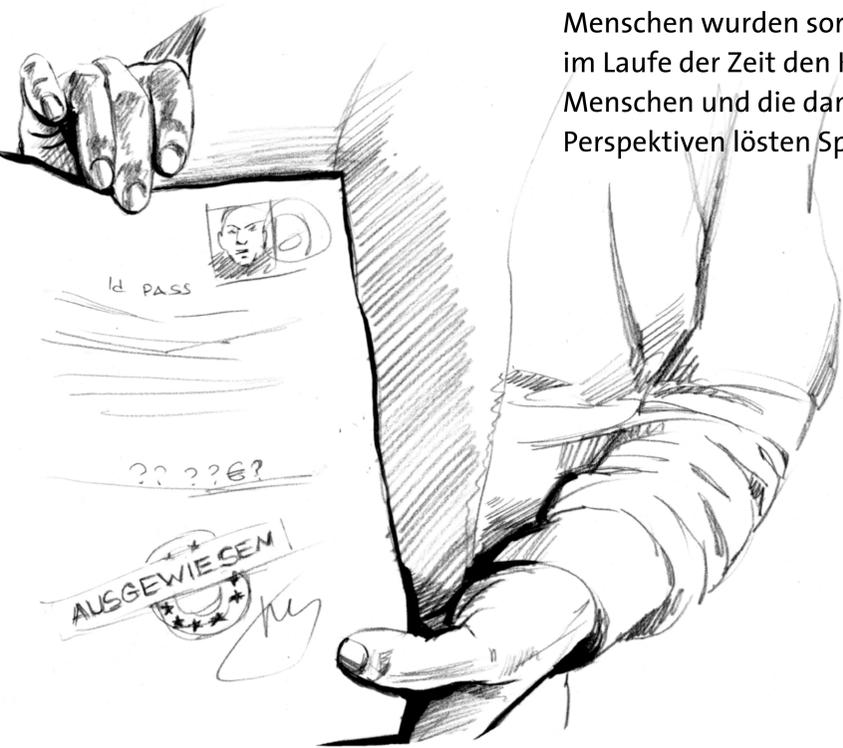
## Dominoeffekte entlang der Route Teile und herrsche!

Der erkämpfte Weg Richtung Mitteleuropa war nicht konstant für alle Menschen gleichermaßen nutzbar. Immer wieder wurden Regelungen beschlossen, die ausschließlich Menschen mit bestimmten Staatsangehörigkeiten oder mit einer besonderen Schutzbedürftigkeit Grenzübergänge erlaubten. Menschen wurden sortiert und immer weniger konnten im Laufe der Zeit den Korridor passieren. Die Einteilung der Menschen und die damit einhergehenden unterschiedlichen Perspektiven lösten Spaltungen und Konflikte aus.

Oft waren nicht Beschlüsse ausschlaggebend für Ausschlüsse, die bloße Diskussion darüber bewirkte bereits Dominoeffekte von Grenzsicherungen entlang der Route:

### Der erste Ausschluss: SIA

Schon im November 2015 wurde Menschen mit bestimmten Pässen der Grenzübergang an vielen Übergängen verwehrt. Slowenien schloss in der Nacht vom 18. auf den 19. November 2015 den Grenzübergang für alle Personen, die keine syrische, irakische oder afghanische Staatsangehörigkeit nachweisen konnten. Kurz darauf folgten Kroatien, Serbien und Mazedonien.





Ende Februar 2016, Idomeni, GR



Ungarische Beamten bewachen den Grenzübergang und stehen Tausenden Geflüchteten gegenüber.  
16. September 2015, Horgoš, SRB

links:  
Kroatisch-ungarische Grenze,  
Ende September 2015

unten:  
Mazedonischer Grenzzaun,  
4. März 2016, Idomeni, GR



Das letzte Loch im neuen Grenzzaun zwischen Ungarn und Kroatien wird verschlossen.  
Zakany, 27. September 2015



26. November 2015, Idomeni, GR



1. Dezember 2015, Idomeni, GR



Sommer 2016, Mytilene  
(Hauptstadt von Lesbos), GR



Die Polizei während Kämpfen um die Grenze, 28. November 2015, Idomeni, GR



oben: Gummigeschoß der mazedonischen Grenzer, durch die es an diesem Tag mehrere Verletzte gab, 2. Dezember 2015, Idomeni, GR

rechts: Ende Februar 2016, Idomeni, GR



Ende Februar 2016, Idomeni, GR



Tränengasangriff durch eine ungarische Spezialeinheit der Polizei,  
16. September 2015, Horgoš-Röske-Grenzübergang, SRB



Ende Februar 2016, Idomeni, GR



1. Dezember 2015, Idomeni, GR



1. Dezember 2015, Idomeni, GR



März 2016, Idomeni, GR



26. November 2015, Idomeni, GR

Ende Februar 2016, Idomeni, GR

### ■ Ausschluss der Afghan\_innen

Der 18. Februar 2016 war der Stichtag, ab dem nur noch Syrer\_innen und Iraker\_innen das Weiterkommen durch den Korridor möglich war. Dies beschlossen die Polizeichefs von Österreich, Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien auf einem gemeinsamen Treffen in Zagreb. Dem vorausgegangen waren in Deutschland stattfindende Debatten um vermeintlich »sichere« Gebiete in Afghanistan.

### ■ Ausschlüsse bis zur Schließung

Ab dem 26. Februar 2016 ließ Slowenien nur noch 560 Personen pro Tag über die Grenze und schuf damit eine Obergrenze.

Gut eine Woche später, ab dem 6. März 2016, durften auch Personen aus den als »sicher« erklärten Gebieten um die Hauptstädte Damaskus und Bagdad nicht mehr weiter.

Am 9. März 2016 wurde der Korridor offiziell geschlossen. Auf der Westbalkankonferenz im Februar 2016 in Wien trafen sich Innen- und Außenminister von Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und dem Gastgeber Österreich. Die Anwesenden lösten im Alleingang eine Kettenreaktion von Grenzsicherungen aus. Deutschland, Griechenland und Vertreter\_innen der EU waren nicht eingeladen. Während auf der Westbalkankonferenz einfach Fakten geschaffen wurden, stritt die EU auf ihrem Gipfel in Brüssel noch über das weitere Vorgehen.



»Wir sind alle geflüchtete Leute hier, warum gibt es Unterschiede?«

Eine Frau aus Afghanistan erzählt. Idomeni, Griechenland, März 2016



In der Warteschlange am Grenzübergang, 3. Dezember 2015, Idomeni, GR



Februar 2016, Idomeni, GR



29. November 2015, Idomeni, GR



Kinder blockieren die Autobahn vor der Eko-Tankstelle in Polykastro, 3. April 2016, nahe Idomeni, GR

»Als ich noch schwanger unterwegs war und mein Kind noch nicht geboren war, nutzte ich inoffizielle Wege. Jetzt habe ich meine kleine Tochter und das geht nicht mehr. Jetzt bleiben uns nur noch legale Möglichkeiten, die viel länger dauern.«

Junge Afghanin im Mai 2017 in Belgrad

## Geschlechtsspezifische Auswirkungen

### ■ Frauen und Familien auf dem Weg nach Europa

Schon seit Jahrzehnten stellen Frauen rund die Hälfte der Geflüchteten weltweit dar. Bisher war davon in Europa wenig zu spüren. Der Korridor durch Süd-Osteuropa war eine Route, die aufgrund der bereitgestellten Infrastruktur Schutz und Unterstützung bot und deshalb besonders häufig von Frauen und Familien genutzt wurde. Frauen und **LGBTIQ\***-Personen sind auf der Flucht spezifischen Gefahren wie sexualisierter Gewalt ausgesetzt, was eine illegalisierte Flucht erschwert. Der Anteil von Frauen und Minderjährigen unter den nach Europa Flüchtenden stieg durch die Entstehung des Korridors rasant an. Folglich sitzen jetzt nach der Schließung insbesondere viele Familien in Griechenland fest.

### ■ Geld, Fitness und Unabhängigkeit entscheiden über die illegalisierte Weiterreise

Die Schließung des offiziellen Korridors wirkt sich nicht in gleicher Weise auf alle Flüchtenden aus. Nicht alle Menschen sind gleich gut zu Fuß; eine illegalisierte Flucht kann oftmals tagelanges Laufen, Verstecken und schlechte Versorgung bedeuten. Auch der Besitz von Geld entscheidet über Fluchtmöglichkeiten, wenn es z.B. darum geht, Schleuser\_innen zu bezahlen. Gerade Personen, die mit Kindern flüchten, sind durch diese Faktoren auf spezifische Weise von der Schließung betroffen. Strukturell sind diese Personen häufig weiblich.



**LGBTIQ\***  
Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender\*, Inter\* und Queer\*, also Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*gender, Inter-Personen\* und Queere\* Personen.



Betroffene Familien protestieren vor der deutschen Botschaft für die Familienzusammenführung mit ihren Angehörigen in Deutschland, Sommer 2017, Athen, GR / © Sallinis Stroux

Kinder im Lager Softex, Juli 2016, Thessaloniki, GR



Protest vor dem Büro der Europäischen Union in Athen, März 2016, Athen, GR / © Sallinis Stroux



2. Dezember 2015, Idomeni, GR



7. Dezember 2015, Idomeni, GR



1. Dezember 2015, Idomeni, GR



Syrischer Junge während einer No-Border-Demonstration, Sommer 2016, Thessaloniki, GR



»Unsere Familienzusammenführung wurde vor dreieinhalb Monaten bewilligt. Der Termin ist überschritten. Keiner gibt uns eine Rückmeldung. Egal zu wem wir gehen, sie schicken uns weiter zu einem anderen. Keiner tut etwas für uns.«

Bericht aus einem Lager in Nordgriechenland im Juli 2016

### Vertrackte Widersprüche: Grenzsicherungen, Sexismus und Schutzbedürftigkeit

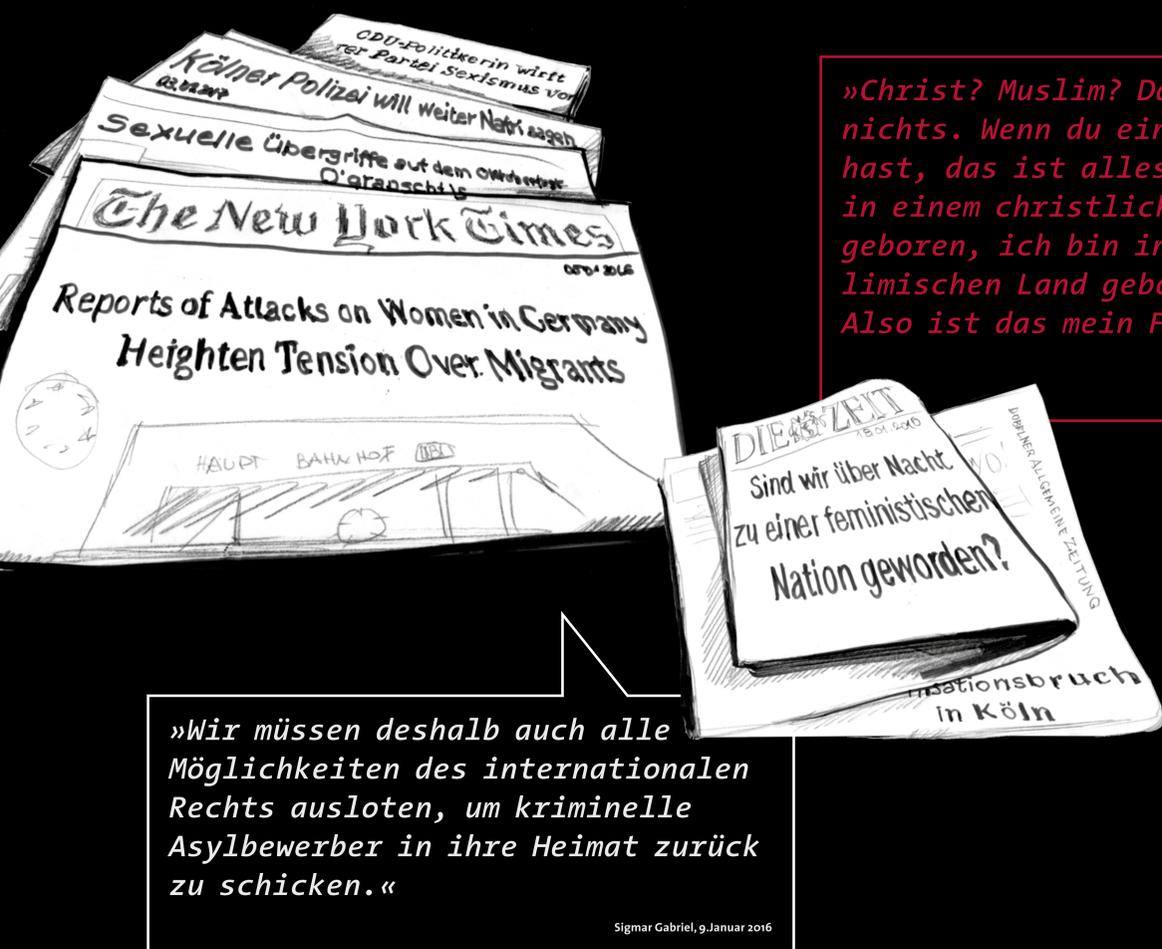
Die Schließung der Route hat keinesfalls bewirkt, dass nun niemand mehr in Kerneuropa ankommt. Die meisten, die seitdem ankommen, sind jedoch strukturell bedingt allein reisend und männlich, da eine illegalisierte Flucht für sie aufgrund der Umstände meist machbarer ist. Geflüchtete Männer wurden wiederum wiederholt in rassistisch aufgeladenen deutschen Debatten um Terror und Sexismus instrumentalisiert und kriminalisiert. Sie werden als Gefahr dargestellt und damit für die Forderung nach geschlossenen Grenzen herangezogen, was wiederum bewirkt, dass strukturell mehr Männer als Frauen ankommen.

Auch Männer sind auf der Flucht verletzlich. Der Fokus von Unterstützungsprogrammen liegt meist auf Frauen, Kindern, LGBTIQ\*, älteren und behinderten Personen, also Personen, die aufgrund der gesellschaftlichen Zustände als besonders schutzbedürftig gelten. Viele geflüchtete Männer fallen somit von vorn herein hinten runter und ihnen bleibt nur die illegalisierte Flucht auf unsicheren Wegen.

### Das Recht auf Familie?

Der *Familiennachzug* stellt eine Möglichkeit dar, wie getrennte Familien wieder vereint werden können. Somit ist die Zusammenführung vor allem für Kinder und Frauen, die in den Lagern entlang der Route festsitzen, eine Chance, legal nach Deutschland kommen zu können. Im Zuge des *Asylpakets II* wurde jedoch am 17. März 2016 von der Bundesregierung der *Familiennachzug* für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt.

Während einerseits spezifische Programme für Personen, die als besonders schutzbedürftig definiert werden, eingeführt werden, verhindern Maßnahmen wie die Schließung des Korridors und die Einschränkung des *Familiennachzuges* das Weiterkommen genau dieser.



»Christ? Muslim? Das bedeutet nichts. Wenn du ein gutes Herz hast, das ist alles. Du bist in einem christlichen Land geboren, ich bin in einem muslimischen Land geboren. Also ist das mein Fehler?«

Junger Mann in Belgrad im Mai 2017



»Wir müssen deshalb auch alle Möglichkeiten des internationalen Rechts ausloten, um kriminelle Asylbewerber in ihre Heimat zurück zu schicken.«

Sigmar Gabriel, 9. Januar 2016

# Deutschland. Ein Wintermärchen. Die mediale Debatte kippt nach rechts

Wiederholt lösten Debatten in den EU-Ländern, insbesondere in Deutschland und Österreich, Dominoeffekte im Fluchtkorridor aus. Während den Sommer über das *Refugees Welcome* von Wirtschaftsverbänden, Linken und Willkommensinitiativen noch im öffentlichen Fokus stand, konnte diese Position im Laufe des Winters immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden.

## Während die Angst vor dem IS geschürt wird, wird über vieles nicht gesprochen

Die Anschläge von Paris im November 2015 wurden in der öffentlichen Debatte mit Migration verknüpft und zu Lasten der Flüchtenden ausgetragen. Das inszenierte Schreckensbild einer äußeren Gefahr wird dazu genutzt, Grenzsicherungen sowie Abschiebungen zu legitimieren und gegen Geflüchtete Politik zu machen. Die geführten Debatten gehen an einer lösungsorientierten Auseinandersetzung mit dem Phänomen *IS* vorbei.

Was ist eigentlich der *IS*?

In welchem Kontext ist er entstanden und wie ist er aufgebaut?

Wie sehen internationale Verflechtungen und Zusammenarbeiten in der Realität aus?

Wohin liefert Deutschland Waffen und was passiert mit diesen?

Wie finanziert sich der *IS* und woher bekommt er seine Waffen?

Vor welchen Waffen fliehen Menschen?

Inwiefern profitiert Deutschland wirtschaftlich von Rüstungs- und Waffenexporten?

In welche Kriege auf der Welt ist Deutschland verwickelt?

Welche kolonialistischen und imperialistischen Beständigkeiten wirken noch immer?

Woher kommt der Wohlstand in Deutschland und welche Abhängigkeiten gibt es auf der Welt?

## Sind wir über Nacht zu einer feministischen Nation geworden?

Die Willkommenskultur und das *Refugees Welcome* verloren in der Öffentlichkeit mit der rassistischen Debatte über die sexistischen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln '15/'16 an Einfluss. Die Vorfälle wurden für den nächsten Angriff auf das Asylrecht instrumentalisiert. Für die Gesetzesänderung im Sexualstrafrecht, in das der Grundsatz *No means No* eingeschrieben wurde, war der Preis hoch.

In den Debatten über die Silvesternacht wurde die deutsche Gesellschaft als weiß, emanzipiert und fortschrittlich dargestellt und demgegenüber »Andere« in kolonial-rassistischer Tradition als rückständig abgewertet. Daraus leiteten viele das Recht ab, sich gegen eine vermeintliche Gefahr von außen abzugrenzen und zur Wehr zu setzen. Die Bezeichnung als »äußere Gefahr« drängt in den Hintergrund, dass Sexismus auch unter Deutschen auf der Tagesordnung steht.

Da über reale gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse kaum geredet wurde, kommt die Gesetzesänderung im Sexualstrafrecht nicht allen gleich zu Gute. Die Hürde, von der Gesetzesänderung Gebrauch zu machen, ist für eine Frau, deren Aufenthaltsstatus an der Ehe hängt oder eine Frau, deren finanzielle Absicherung an ihrem Partner hängt, deutlich höher als für eine finanziell unabhängige Frau mit deutschem Pass.

Der Wahlkampflogan der NPD »Kriminelle Ausländer raus« war durch die rassistische Debatte salonfähig geworden.

»Viele Leute sagen, wenn sie zurück nach Syrien gehen, werden sie für den *IS* oder *Al-Nusra* kämpfen müssen. Das ist die einzige Arbeit.«

Idomeni, Griechenland, Februar 2016



*The girl in the box*  
Iman Shaaban

Acryl auf Leinwand  
Originalmaße 80 x 80 cm  
2017

»Das Mädchen in der Kiste fühlt sich nicht sicher oder glücklich. Sie kam hierher um ihr Glück zu suchen und zu finden. Aber was sie fand, war nur Angst und Abscheu. Sie will und kann sich den Herausforderungen ihres Lebens nicht mehr stellen. Und sie will auch nicht mehr für sie kämpfen. Die Kiste symbolisiert dabei die Idee eines Flüchtlingslagers. Die Lager sollten nur temporäre Orte des Schutzes für ihre Einwohner\_innen sein.«

# Die »Lösung« der EU



Unterstützer\_innen bauen wetterfeste Zelte.  
Ende November 2015, Idomeni, GR



Zweisprachige Preisliste an einem griechischen Imbiss. Ohne die Versorgung durch diese, hätten die Geflüchteten deutlich mehr gehungert.  
Dezember 2015, Idomeni, GR



2. Dezember 2015, Idomeni, GR

unten und oben: März 2016, Idomeni, GR



rechts: Überreste des Camps nach der Räumung, Sommer 2016, Idomeni, GR



Frauen- und Kinderzelt, September 2015, Horgoš, SRB

rechts oben: Der »Afghani-Park« – ein Zeltlager mitten in Belgrad. Der Hauptbahnhof ist nur wenige Minuten entfernt. Familien und einzelne Personen sind hier gestrandet, weil sie kein Geld zum Weiterreisen haben oder auf Angehörige warten. Manche sind nur eine Nacht da, manche schon Tage oder Wochen. 30. September 2015, Belgrad, SRB

rechts unten: Der »Afghani-Park« nach der Räumung und »Sicherung«. Sommer 2016, Belgrad, SRB



## Räumungen von selbstorganisierten Orten

Auf der Route gab es immer wieder Orte, an denen sich viele Menschen sammelten, weil sie an ihrem Weiterkommen gehindert wurden. Diese Nadelöhre boten meist Infrastruktur, Nähe, die Möglichkeit sich zu besprechen und zu organisieren. Damit waren sie auch immer Schauplätze von politischen Aushandlungen und Protesten.

Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze war zum politischen und symbolischen Aushandlungsort für offene Grenzen geworden. Trotz der unmenschlichen Bedingungen dort, war es damit ein Ort der Hoffnung und des Widerstands im Flucht-Korridor. Die Menschen, die in Idomeni auf das Weiterkommen hofften, wurden immer wieder von der griechischen Polizei gezwungen, den Ort zu verlassen.

Am 25. Mai 2016 wurde das Lager vollständig geräumt. Tausende Menschen wurden auf verschiedene, staatlich betriebene Lager in Nordgriechenland verteilt. Alles, was sich bis dahin an Selbstorganisation und Strukturen gebildet hatte, war dadurch zerschlagen. Auch an anderen Orten, an denen sich viele Menschen aufhielten, besprachen, kollektiv handelten und sichtbar waren, wurde dies unterbunden.

»Jetzt sind wir in den Camps und die Baracken sind zerstört. Aber wir waren zufrieden in den Baracken.«

Ein junger Afghane berichtet über seine Situation in Belgrad, Serbien, Mai 2017

»Wenn ihr uns töten wollt, tötet uns direkt. Beendet es, beendet das Spiel. Wir spielen ein Spiel. Wir sind der Fußball, wisst ihr? Einer tritt uns, die andere Seite tritt uns auch. An der Grenze ist der Torwart. Und sie treten uns, sie fangen uns und schicken uns zurück. Wir sind also der Fußball und wann das Spiel vorbei sein wird, wissen wir nicht.«

Junger Mann in Belgrad im Mai 2017.

»Die Flüchtlingskrise ist zwar nicht gelöst, aber ihre Lösung kommt in Europa gut und in Deutschland sehr gut voran.«

De Maizière, Juli 2016

»Ich war Reporter und habe in einem Krankenhaus gearbeitet. Jeden Tag gab es ein Massaker, jeden Tag starben Kinder. Aber wenn ich einen Weg zurück finden würde, würde ich zurückgehen. Alles das ist besser als das hier.«

Journalist aus Syrien in Idomeni im März 2016



Lager bei Katsikas, Juli 2016, GR



Lager im Industriegebiet Softex, Juli 2016, Thessaloniki, GR



»Wir hatten unsere Freiheit. Wir waren Rebellen und Demonstranten in Syrien. Hier sind wir im Gefängnis.«

Person in Idomeni nach der Grenzschießung im März 2016



Lager bei Diavata, Juli 2016, GR



Lager im Industriegebiet Softex, Juli 2016, Thessaloniki, GR



Lager bei Derveni, Juli 2016, GR



Lager bei Nea Kavala, Juli 2016, GR

## Eine Welt voller Lager?

Die Lager an den Rändern Europas sind auf Dauer ausgerichtet und stellen einen Teil der angeblichen Lösung der sogenannten Flüchtlingskrise dar. Durch die Schließung der Grenzen sitzen Tausende in Lagern fest. Allein in griechischen Lagern befinden sich nach der Schließung der Grenzen im März 2016 50.000 Menschen. Die EU fungiert als Geldgeberin und finanziert diese Lager des Elends. Der UNHCR, das European Asylum Support Office, der griechische Staat, das griechische Militär und viele NGOs agieren in diesen Lagern.

Dass durch die Schließung der Route die Anzahl der in Deutschland Ankommenden sinkt, wird als Lösung und Erfolg der Politik gefeiert. Einige EU-Länder nehmen geringe Zahlen von Flüchtenden über Verteilungs-Programme wie das *Relocation Programm* auf. Die meisten Menschen sollen jedoch an den Rändern Europas bleiben.

Lager gibt es in Europa und auf der ganzen Welt schon lange. Sie erfüllen verschiedenste Funktionen. Im Kontext von Flucht und Migration dienen sie zum Beispiel der Versorgung, der Ordnung, der Kontrolle, aber auch der Organisation.

Große Lager sind schon lange Bestandteil der Migrationspolitik der Europäischen Staaten. Seit den 50er Jahren betreiben Europäische Staaten und UNHCR ein Lagersystem über den ganzen Globus verteilt, die größten davon in Kenia, Jordanien und dem Südsudan. Durch den erkämpften offenen Korridor und die anschließende Grenzschießung sind diese großen Auffanglager nun auch in Europa Realität.

»Vielleicht ist es da, wo sie uns hinschicken, schlimmer als in Griechenland und vielleicht sogar schlimmer als in unserem Land Syrien.«

Derveni, Griechenland, Juli 2016  
Originalsprache: Arabisch

### Relocation Programm

Das *Relocation Programm* in Griechenland wurde parallel zur Schließung des Flucht-Korridors eingeführt und soll die Umverteilung von Geflüchteten innerhalb der EU-Länder regeln. Seit der Schließung des Korridors stellt es eine der wenigen legalen Möglichkeiten des Weiterkommens dar.

Das *Relocation Programm* ist jedoch nicht für alle Menschen gleich zugänglich. Bewerben können sich nur Personen, die nach dem 16. September 2015 Griechenland erreicht haben und die eine Staatsangehörigkeit mit hoher internationaler Anerkennungsquote vorweisen können. Innerhalb des Programms werden diejenigen bevorzugt, die als besonders verletzlich und deshalb schutzbedürftig erachtet werden. Durch das Fokussieren auf die besondere Schutzbedürftigkeit werden Menschen in eine passive Opferrolle gedrängt. Anstatt ihnen Rechte zuzugestehen, wird ihnen in einem »Akt der Mildtätigkeit« geholfen.

Das Fokussieren auf besonders »verletzlich« Menschen dient dazu, das humane Image der EU aufzupolieren. Aber auch jene, die besondere sprachliche Kenntnisse vorweisen können, haben bessere Chancen auf Aufnahme in das *Relocation Programm*. Es unterscheidet somit auch nach einer möglichen ökonomischen Verwertbarkeit und bietet vor allem jenen Chancen, die besonders gute Berufsaussichten haben.



Protest vor der deutschen Botschaft in Bamako gegen Abschiebungen, Abschiebeanhörungen und das La Valetta-Abkommen, 9. September 2016, Bamako, Mali / © afrigue.europe-interact



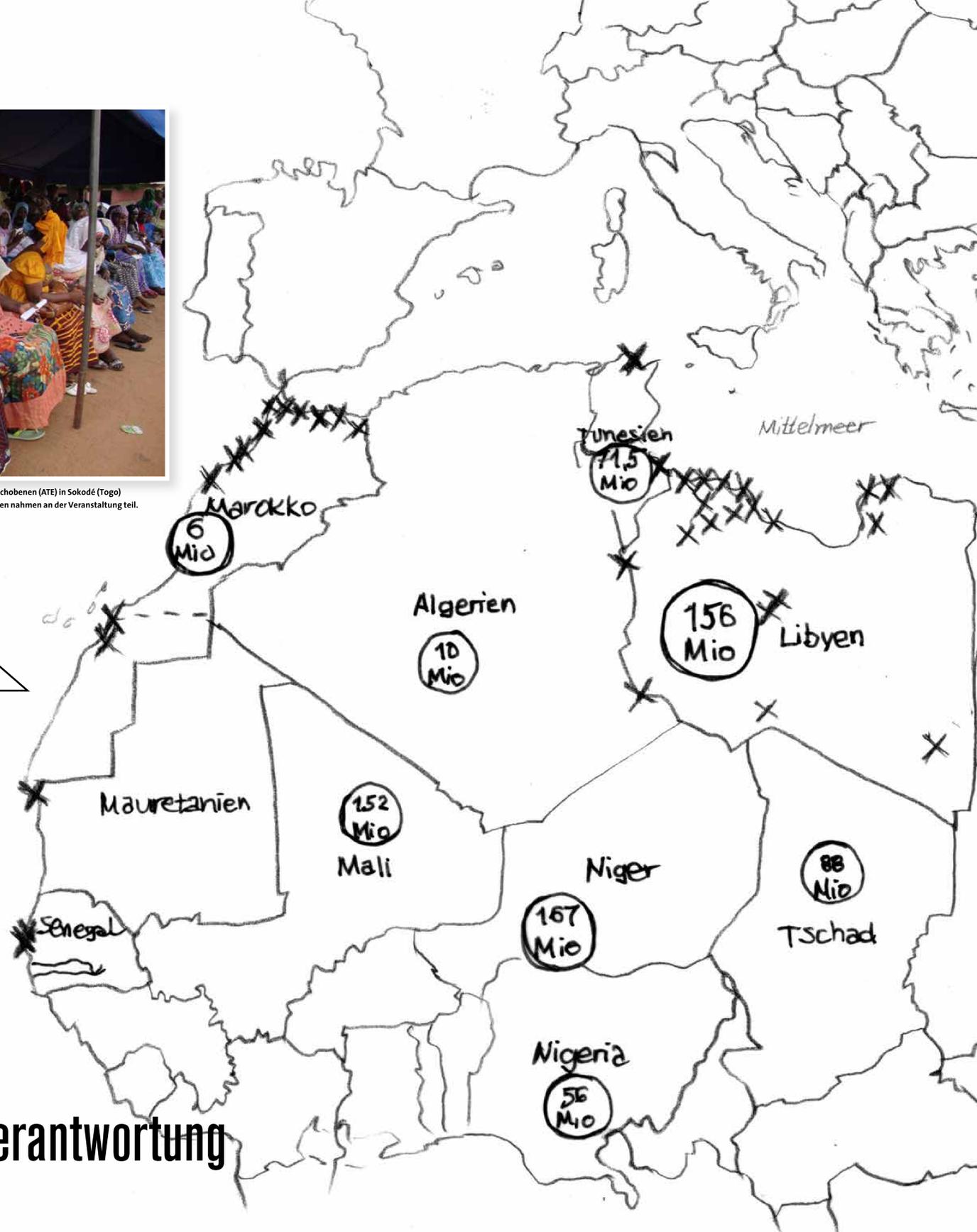
Sensibilisierungs- und Diskussionsveranstaltung der Togoischen Vereinigung der Abgeschobenen (ATE) in Sokodé (Togo) am transnationalen Aktionstag gegen das EU-Afrika-Migrationsregime. Ca. 100 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. 9. Juni 2016, Sokodé, Togo / © afrigue.europe-interact

»Der Lärm von den Bomben und Raketen war sehr laut.«

Junger Kurde über den Krieg gegen die Kurd\_innen in der Türkei, Katsikas, Griechenland

»Einsatz in Mali - Die Bundeswehr wartet auf ein Wunder. Scheitert Mali, drohen Chaos und neue Flüchtlingsströme. Daher weitet die Bundesregierung den Bundeswehreinsatz in Westafrika noch einmal aus, um das bitterarme Land in eine friedliche Zukunft zu führen.«

Spiegel Online 25. Januar 2017



## Verlagerung von Grenzen und Verantwortung

Die Europäische Migrationspolitik knüpft an eine koloniale und imperiale Weltordnung an. Gekoppelt an Entwicklungshilfegelder oder durch militärische Interventionen wird versucht, Migration zu kontrollieren. Die innenpolitische Debatte um geflüchtete Menschen ist zunehmend mit militärischen und sicherheitspolitischen Politiken verknüpft. Die europäische Politik nimmt Einfluss auf die Bewegungsfreiheit und den Zugang zu Ressourcen weltweit.

Schon lange spielen Nicht-EU-Länder wie beispielsweise Marokko, die Türkei oder Serbien eine entscheidende Rolle für die Migrationspolitik der EU. Ihnen wird durch zwischenstaatliche Abkommen oder finanzielle Anreize eine Migrations- und Asylpolitik nahegelegt, die Personen schon außerhalb der EU abfängt.

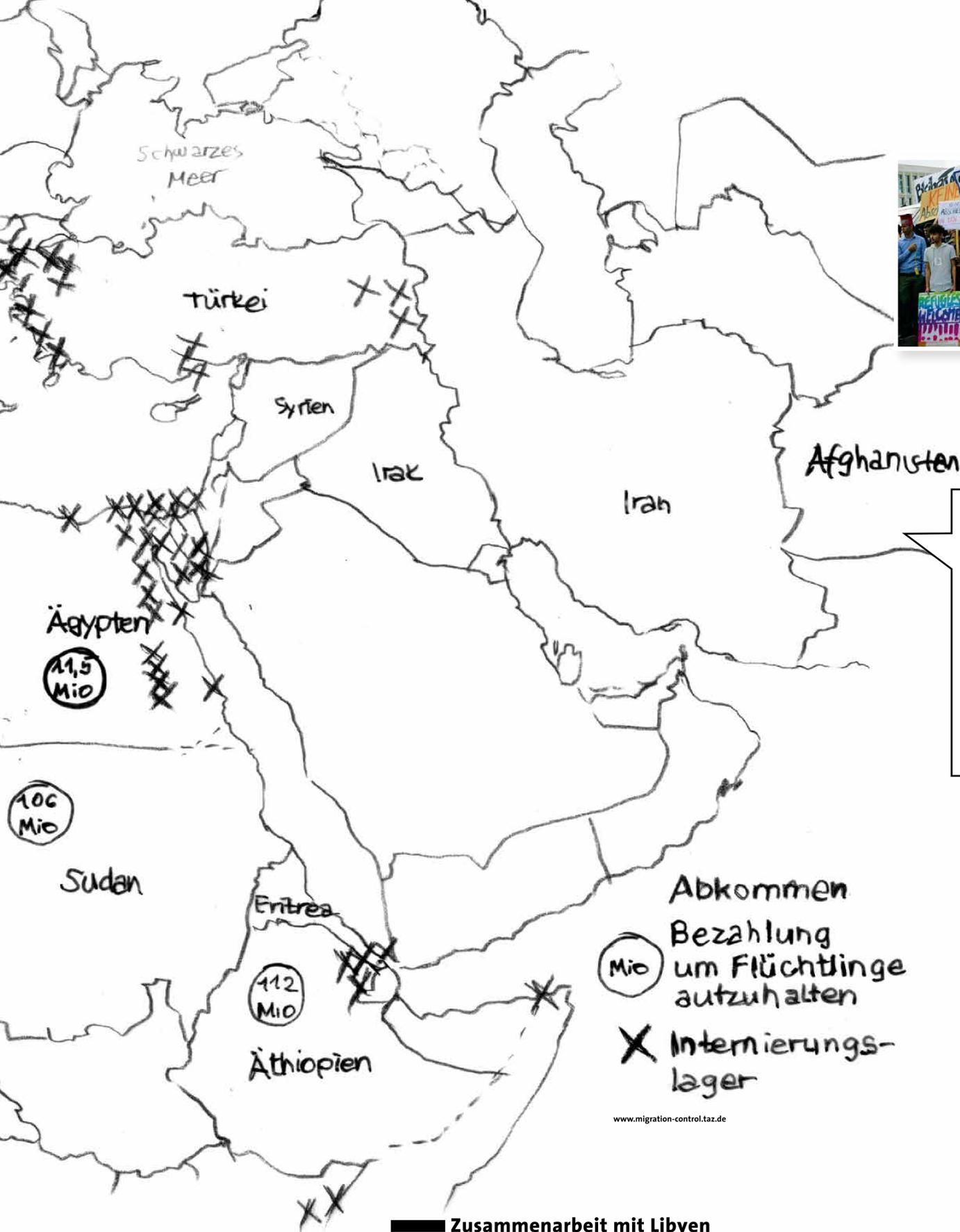
Auch sogenannte Rücknahmeabkommen sind schon lange Bestandteil der EU-Migrationspolitik. Sie verpflichten Staaten dazu, eigene Staatsbürger\_innen sowie (unter bestimmten Voraussetzungen) Staatsbürger\_innen von Drittstaaten oder sogenannte Staatenlose zurückzunehmen. So ermöglichen sie Abschiebungen.

### Der EU Türkei Deal

Am 20. März 2016 schlossen Türkei und EU einen Deal ab. Dieser wurde vor allem von Kanzlerin Merkel forciert und beinhaltet, dass Personen, die nach diesem Stichtag Griechenland erreichen, wieder in die Türkei abgeschoben würden. Für jede abgeschobene Person würde die EU eine geflüchtete Person mit syrischem Pass direkt aus der Türkei aufnehmen. Im Gegenzug schweigt die EU zum Krieg in Kurdistan und zu Freiheitseinschränkungen in der Türkei.



Die »Lösung« der EU



We'll come united Demonstration und Community Carnival vor der Bundestagswahl 2017, 16. September 2017, Berlin, DEU



»Ich behaupte nicht, dass Afghanistan ein sicheres Herkunftsland ist. Es gibt aber sichere Gebiete. Ich bin mir einig mit der Regierung hier, dass wir nicht wollen, dass die Jugend Afghanistan verlässt, und wir sind uns auch einig, dass wir - möglichst freiwillig - viele Menschen zurückführen wollen, in sicherere Gebiete.«

Monitor: Thomas de Maizière (CDU), Bundesinnenminister, 2. Februar 2016



Demonstration gegen die G20-Afrika-Konferenz, Juni 2017, Berlin, DEU / © Mikkel Hansen

»Bombardiert Afghanistan ganz, damit wir alle auf einmal vernichtet werden.«

Eine Frau über die Rolle des Westens. Diavata, Griechenland, Juli 2016

»Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung.«

Bericht des auswärtigen Amtes zur Situation in Libyen, Januar 2017

**Zusammenarbeit mit Libyen**

Auf der Konferenz in Malta im März 2017 diskutierte die EU über ein Abkommen mit Libyen und beschließt einen Neun-Punkte Plan. In Libyen herrscht nach wie vor Bürgerkrieg. Trotzdem erhofft sich die EU, das Land als »Türsteherin« zu gewinnen und dort sogenannte *Aufnahmezentren* zu errichten. In diesen Lagern sollen Menschen eingesperrt und somit an ihrem Fortkommen nach Europa gehindert werden.

Die EU plant, in Zukunft Menschen in bestimmte, als *Legalitätsinseln* bezeichnete Zonen in Libyen abzuschicken. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit und die Ausbildung der libyschen Küstenwache im Rahmen des EU-Militäreinsatzes im Mittelmeer weiter verstärkt. Aktivist\_innen von *Sea Watch* schilderten einen bewaffneten Angriff durch die libysche Küstenwache auf eines ihrer Rettungsschiffe im Einsatz. Bei dem Angriff starben mehrere Menschen.

**Abschiebungen nach Afghanistan**

Auch einzelne EU-Mitgliedsstaaten schließen bilateral sogenannte *Rücknahmeabkommen* mit Staaten außerhalb der EU ab. So schloss Deutschland auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 ein Abkommen mit Afghanistan, welches Abschiebungen trotz des Kriegszustandes dort ermöglicht.



*Gehende. Tötet uns nicht zweimal!*  
Majid Sraywell

Acryl auf Leinwand  
Originalmaße 74,5 x 120 cm  
2017

»Wir werden weiter gehen im Leben, trotz allem, trotz der Grenzschließungen, trotz der Toten an der Grenze. Ihr werdet uns nicht aufhalten können, egal was ihr macht, egal mit welchen Mitteln ihr versucht uns aufzuhalten. Eure Politik ist düster. Ihr steckt uns in dunkle Höhlen und versucht uns im Nebel im Nirgendwo unsichtbar zu machen. Aber wir machen weiter. Und irgendwann werden wir in unsere Heimat zurückkehren. Und dann wird die Geschichte zeigen, was wir unseren Kindern und Enkeln eines Tages über euch erzählen werden. Seid keine Schande für die Menschheit.«

## الإنسانُ .. القصيدة

وكنا نرمي الكلامَ من أفواهنا كأعقاب السجائر ..  
لم يكن لصوت العبارة لحن يجذب إصغائنا ..  
في الحروب .. نتعلم المعنى ..  
ونحتفظ بالمفردات ككنز ..  
في الحرب نقول:  
تصبحون على خير.. كأنها قصيدة عشق.

### **Der Mensch das Gedicht**

*Wir warfen die Worte aus unseren Mündern  
wie Zigarettenstummel ...  
Für uns hatten die Laute keine Melodie,  
die uns zum Zuhören verlockte ...  
In Kriegen ... lernen wir die Bedeutung ...  
und bewahren die Wörter wie einen Schatz.  
Im Krieg sagen wir:  
Gute Nacht ...  
als wäre es ein Liebesgedicht!*

# Eine andere Welt ist möglich ...



We'll come united Demonstration und Community Carveal vor der Bundestagswahl 2017, 16. September 2017, Berlin, DEU / © Ekvidi Photography

Das haben der *March of Hope*, die »Willkommen« rufenden Menschen an Bahnhöfen, die Tausenden von Geflüchteten, die immer wieder kollektiv über Grenzen gingen, und all die solidarischen Personen, die mit viel Einsatz Unterstützung geleistet haben, gezeigt. Sie alle standen zusammen in dem Moment, als die Festung Europa Risse bekam.

Heute scheint vieles davon in den Hintergrund gedrängt und in Vergessenheit geraten zu sein. Wer jedoch genauer hinschaut, sieht, dass jenseits der medialen Öffentlichkeit noch immer Menschen tagtäglich für ihre Rechte in Deutschland und in Europa kämpfen. Wer will, sieht, dass noch immer Personen mit anpacken, wenn Unterstützung gebraucht wird oder eine Abschiebung verhindert werden muss. Es sind viele Netzwerke entstanden: Netzwerke zwischen Geflüchteten und Unterstützenden und Netzwerke innerhalb Europas und darüber hinaus.

Grenzen sind niemals vollständig abgeriegelt. Auch jetzt kommen noch immer Menschen in ihren Zielländern an. Auch die vielen im Winter 2015/2016 nach Deutschland gekommenen Personen sind hier. Es ist eine Entwicklung in Gang, die sich so schnell nicht wieder zurückdrehen lässt. Das Einzige, was diese Politik der geschlossenen Grenzen und der Abschottung erreicht, ist den Preis für das Ankommen und das Leben in Europa in die Höhe zu treiben. Menschen sterben durch diese Politik oder werden in die Illegalität gedrängt und ihnen wird ein Leben mit gleichen Möglichkeiten, Rechten und Perspektiven verwehrt.

Wie können wir uns vom *March of Hope* inspirieren lassen, der für einen kurzen Augenblick die Möglichkeit einer anderen Gesellschaft aufgezeigt hat? In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wie können wir gemeinsam das Gerüst für diese andere Gesellschaft aufbauen?



## Selbstorganisation & Solidarität



# Das schwarze Brett



*Das Schwarze Brett – aktuell & lokal*

Was passiert momentan in deiner/Ihrer Stadt ründ um die Themen Migration, Flucht und Asyl? Welche Gruppen oder Projekte gibt es? Wo kann man mitmachen und sich engagieren? Wo braucht es aktuell Unterstützung? Welche Debatten und Diskurse werden lokal geführt? Welche Veranstaltungen oder Aktionen stehen demnächst vor Ort an?

Diese Tafel dient dem Austausch, der Vernetzung und der Information. Fühl dich / fühlen Sie sich frei den Platz zu nutzen und Hinweise, Ankündigungen oder Beiträge zu hinterlassen!

Infopoint vom Projekt *moving europe*, Dezember 2015, Idomeni, GR



»Irgendwo zwischen Partystimmung und Katastrophe. Dieses Bild zeigt für mich auf subtile Weise die Gleichzeitigkeit sehr konträrer Zustände und Aspekte: zum Einen die europäische Politik des Ausschluss und ihre materielle Manifestation in Form von Zäunen, Stacheldraht etc. Zum Anderen die Formierung eines politischen Widerstands gegen diesen Ausschluss. »Alle oder Keiner!« – Das war die Forderung der Geflüchteten in diesem Moment. Aber das Bild zeigt für mich noch mehr: Die Aneignung und »Umnutzung« der so typischen Objekte, die immer wieder auftauchen, wenn es zu einer Begegnung zwischen Geflüchteten und Grenzern/Rettenden/Helfenden geht: Gummihandschuhe. Hier werden sie zu Luftballons aufgeblasen, denn an diesem Abend findet direkt am Grenzübergang eine Art spontane Party statt. Es wird gesungen und gefeiert und mittendrin liegen erschöpfte Menschen am wärmenden Feuer und schlafen.«

Luise Marbach, 2. Dezember 2015, Idomeni, GR



Ende November 2015, Idomeni, GR

## Entstehungskontext der Ausstellung

Nach und nach rücken der Sommer 2015, der *March of Hope* von Budapest nach Österreich und die »Willkommen!« rufenden Menschen an deutschen Bahnhöfen immer weiter in die Ferne. Während 2015 die Euphorie der geöffneten Grenzen die Stimmung elektrisiert hat, ist die heutige Debatte zum Thema Flucht immer öfter dominiert von Diskussionen über Grenzsicherung, Terror und von rassistischen Perspektiven.

Den *langen Sommer der Migration* 2015 und die Öffnung eines Flucht-Korridors durch Süd-Osteuropa wollen wir als relevantes politisches und historisches Ereignis festhalten und damit im gesellschaftlichen Bewusstsein verankern. Die jetzige Situation, in der Menschen in Lagern festgehalten werden, ist das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen.

Diese Ausstellung rückt zwei Jahre später Geflüchtete als Hauptakteur\_innen wieder in den Vordergrund und zeigt mit zahlreichen Audio- und Videoaufnahmen ihre Sichtweisen auf Migration und Europa. Außerdem sind von vier bildenden Künstler\_innen und einem Poeten Werke zu sehen, in denen sie ihre Fluchterfahrung verarbeitet haben.

Die präsentierten Audio-, Video- und Fotoaufnahmen wurden während zahlreicher Gespräche und Interviews in Nordgriechenland, Serbien oder in Deutschland aufgenommen. Entstanden sind die Materialien während Fahrten auf die sogenannte Balkanroute, bei denen die Macher\_innen der Ausstellung auf unterschiedliche Weise Geflüchtete solidarisch unterstützt haben. Während der Gespräche auf der Route wurde deutlich, dass die Stimmen von Refugees in Deutschland mehr Gehör finden müssen.

Die Ausstellung ist in einer Zusammenarbeit von mehreren Personen entstanden, die auf der Route Geflüchtete unterstützt haben und in politischen, kritisch-akademischen und künstlerischen Kontexten engagiert sind.

Die Ausstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Materialien stammen größtenteils aus Griechenland und Serbien, viele Interviews stammen aus Situationen der verschiedenen (Teil-) Grenzsicherungen und decken die Zeit des offenen Korridors im Sommer/Herbst 2015 nicht ab.

### Beteiligte Künstler\_innen, Filmemacher\_innen und Fotograf\_innen

Tarek Alfelou  
 Mayada Alkayal  
 Joost van Beek  
 Esat Behrami  
 Felix Böhmer  
 John Domokos / The Guardian  
 Kenan Emini  
 Oliver Feldhaus  
 Markus Fiedler / Reziprok-Film / fcmc  
 Fish in Water Films  
 Danillies Hernandez / Women in Exile  
 Watheq Fayyadh Khazaal  
 Luise Marbach  
 ROMADNESS-Strange Movies Production  
 Iman Shaaban  
 Allegra Schneider  
 Marc Speer  
 Majid Sraywell  
 Salinia Stroux  
 Soli-Konvoi Halle-Leipzig

### Kuration und Realisierung

Wesam Alfarawti  
 Mira Lou Braun  
 Petja Dimitrova  
 Luise Marbach  
 Nils Nadrowski  
 Svenja Schurade  
 Jörg Sidow, mbv-potsdam.de  
 Franziska Stübgen

### Unser besonderer Dank geht an

all die vielen Gesprächs- und Interviewpartner\_innen, Menschen, die Materialien von ihrer Flucht beigesteuert haben, zahlreiche Übersetzer\_innen, unsere Lektor\_innen, viele Freund\_innen und politischen Gefährt\_innen für gemeinsame Diskussionen und ihr Feedback, alle Beteiligten im Lehrforschungsprojekt 16/17 »Flüchtlinge in Göttingen – eine ethnographische Erforschung von Aufnahme- und Lebensumständen« am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August Universität Göttingen, Labor für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, viele weitere Menschen, die uns infrastrukturell unterstützt haben. Ohne die Unterstützung von vielen weiteren Personen wäre die Ausstellung nicht realisiert worden.

### In Kooperation mit



### Unterstützt durch

